

PRESSEMITTEILUNG

Gute Nachrichten in schlechten Zeiten: Grütters kündigt weitere Hilfsprogramme für das Kulturleben an

Prof. Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, setzt wichtige weitere Finanzhilfen für die Musikwelt um. So wird ein eigener Nothilfefonds für freischaffende Orchester und Ensembles eingerichtet, vom Bund geförderte Einrichtungen und Projekte dürfen zudem ihren Künstlern nun Ausfallhonorare bezahlen, und es bestehen Chancen auf die Errichtung eines Fonds, der der kulturellen Infrastruktur helfen könnte.

Hierzu **Prof. Christian Höppner**, Generalsekretär des Deutschen Musikrates: „Der Deutsche Musikrat dankt Staatsministerin Monika Grütters für ihr beharrliches und weitsichtiges Engagement. Ihre erfolgreiche Arbeit spiegelt sich nicht nur in den Beschlüssen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages wider, sondern setzt immer wieder das Signal, dass die Kultur genauso wie alle übrigen gesellschaftlichen Bereiche, die unter den Folgen der Coronakrise leiden, in einem Boot sitzen. Mit Bewunderung blicken andere Länder derzeit auf das Fördersystem in Deutschland, das in einem großen Akt der Solidarität alle Bereiche im Blick behält. Der Bund hat nun mit seinem insgesamt sehr umfassenden Maßnahmenpaket gut vorgelegt. Jetzt sind die Länder an der Reihe, sich daran zu orientieren und beispielsweise die Ausfallhonorare auch in länderfinanzierten Projekten und Institutionen einzuführen. Bei allen Konflikten und Diskussionen, die die derzeitige Krise mit sich bringt, so bietet sie auch die große Chance, einen kooperativen Kulturföderalismus zu leben und das vertrauensvolle Miteinander von Bund und Ländern zu stärken.“

Der Deutsche Musikrat setzt sich als weltweit größter nationaler Dachverband des Musiklebens für alle Bereiche des professionellen wie Amateurmusizierens ein. Schon Anfang März hat sich der Deutsche Musikrat als erster Dachverband des Kulturlebens für einen Hilfsfonds engagiert und sich seitdem mit vielfachen Vorschlägen in Bezug auf notwendige Hilfsmaßnahmen in die öffentliche Diskussion eingebracht.

Berlin, 30. April 2020